Morgen-Ausgabe Nr. 536 Dienstag, 15. November 1938

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugspreis: bei tägl. zweimal. Zustellg. frei Haus monatl. RM. 3.20; Postbez. RM. 3.20 einschl. 48,44 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellgeb.) bei 7× wöchentl. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf.; außerh. Dresdens mit Abendausg. 10 Rpf.; außerh. Sachs. mit Abendausgabe 15 Rpf., Ausland 10 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25291. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise u. Preisliste Nr. 7: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 6 Rpf. Hilfsgeb. 50 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Einzige Tageszeitung Sachsens mit Morgen- und Abendausgabe

8 Milliarden Judenkapital in Deutschland

700000 Juden leben noch immer im Reich

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 14. November.

Nach neuen Angaben dürften in Großdeutschland heute insgesamt rund 700 000 Juden im Sinne der Nürnberger Gesetze leben. In ihrer Hand befinden sich nach den Schätzungen des Auslandes ein Betrag von acht Milliarden Reichsmark. Eine amtliche Mitteilung über die tatsächliche Höhe der Summe liegt noch nicht vor. Bei der Schätzung muß berücksichtigt werden, daß die Grenzen zwischen dem Vermögen von Juden deutscher Staatsangehörigkeit und jüdischen Ausländern nicht immer leicht zu ziehen sind. Eine Sicherstellung ist in dem Maße bereits erfolgt, daß die eine Milliarde Reichsmark an Buße aufgebracht werden und die während der spontanen Kundgebungen des deutschen Volkes am 8., 9. und 10. November eingetretenen Schäden beseitigt werden können.

Seit 1933 sind aus dem Gebiet des Deutschen Reiches rund 180 000 Juden ausgewandert. Trotzdem hat sich bezeichnenderweise der Bevölkerungsanteil an den deutschen Großstädten kaum nennenswert verändert. An der Spitze steht jetzt im Großdeutschen Reich Wien mit fast 10 v. H. Juden, dann folgt Frankfurt a. M. mit 4,7 v. H., die Reichshauptstadt mit 3,7 v. H., die Durchgangsetappe der Ostjuden Breslau mit 3,2 v. H. und Würzburg mit 2,1 v. H.

Das Organ des Gaues Danzig der NSDAP, der „Danziger Vorposten", verwahrt sich in einem Artikel dagegen, daß Danzig ein Asyl für jüdische Flüchtlinge werde, die aus Berlin, Prag oder Warschau auswandern müßten. Der Entschluß des deutschen Volkes, eine Generalabrechnung mit dem Judentum vorzunehmen, schließt vielmehr auch das deutsche Danzig ein. Seit 1933 habe der Zuzug der Juden in Danzig angehalten. Jetzt aber werde Danzig nicht nur die zugewanderten, sondern auch alle anderen Juden loswerden. Dabei würde es nicht möglich sein, einen Unterschied zwischen sogenannten deutschen und polnischen Juden zu machen, denn es wäre eine Ironie, wenn die in Polen hinausgeworfenen Juden in Danzig plötzlich zu würdigen polnischen Staatsbürgern würden, für deren Verteidigung sich die Vertretung Polens einsetze. Für eine nationalsozialistische Führung der Danziger könne es keine formale Behandlung und Anwendung geben, wenn Danzig seine Zugehörigkeit zum deutschen Lebensraum beweise.

Nach Meldungen aus Memel scheint den Juden auch dort der Boden zu heiß zu werden. Wenigstens wird berichtet, daß eine jüdische Eisenwarenfabrik ihren Sitz nach Kowno verlegt und daß weitere Verlegungen jüdischer Betriebe zu erwarten seien.

Die letzten Juden verschwinden von deutschen Schulen

Berlin, 14. November.

Nach der ruchlosen Mordtat von Paris kann es keinem deutschen Lehrer und keiner deutschen Lehrerin mehr zugemutet werden, an jüdische Schulkinder Unterricht zu erteilen. Auch versteht es sich von selbst, daß es für deutsche Schüler und Schülerinnen unerträglich ist, mit Juden in einem Klassenraum zu sitzen.

Die Rassentrennung im Schulwesen ist zwar in den letzten Jahren im allgemeinen bereits durchgeführt, doch ist ein Restbestand jüdischer Schüler auf den deutschen Schulen übrig geblieben, dem der gemeinsame Schulbesuch mit deutschen Jungen und Mädeln nunmehr nicht weiter gestattet werden kann. Vorbehaltlich weiterer gesetzlicher Regelung hat daher Reichserziehungsminister Rust mit sofortiger Wirkung folgende Anordnung erlassen:

1. Juden ist der Besuch deutscher Schulen nicht gestattet. Sie dürfen nur jüdische Schulen besuchen. Soweit es noch nicht geschehen sein sollte, sind alle zur Zeit eine deutsche Schule besuchenden jüdischen Schüler und Schülerinnen sofort zu entlassen.

2. Wer jüdisch ist, bestimmt § 5 der Ersten Verordnung vom 14. November 1935 zum Reichsbürgergesetz (RGBl. I S. 1333).

3. Diese Regelung erstreckt sich auf alle mir unterstellten Schulen einschließlich der Pflichtschulen.

Täglich sprengt England Araberhäuser in die Luft

Vier Araber von den englischen Truppen erschossen – Ueberall Durchsuchungen

Jerusalem, 14. November.

In Gaza wurden von britischem Militär acht Häuser in die Luft gesprengt als Strafmaßnahme für die Beschießung von zwei Soldaten. Ueber die Stadt wurde außerdem das Ausgehverbot verhängt.

Das Dorf Quastel, unweit von Nazareth, wurde von britischem Militär durchsucht. Als die Truppen abzogen, fielen einige Schüsse, die die Soldaten erwiderten. Dabei gab es mehrere Verletzte. Im Bezirk von Samaria wurden Durchsuchungen in den Dörfern Attara und Jammaia von britischen Truppen vorgenommen. Dabei wurde ein Araber auf der Flucht verletzt. Sechs Araber wurden festgenommen. In Beisan explodierte eine Bombe in einem Araberhaus, jedoch kam niemand zu Schaden. In Haifa ging ein jüdisches Geschäftshaus in Flammen auf.

Im Bezirk von Galiläa wurden arabische Freischärler von englischen Truppen beschossen. Drei Araber fielen den Kugeln zum Opfer. Bei dem Dorf Sissourieh wurde bei einem weiteren Zusammenstoß zwischen Freiheitskämpfern und Truppen ein Araber getötet, ein anderer Araber verletzt. In Gaza wurde ein Araber ermordet aufgefunden.

Die Araber setzen ihre Aktionen ständig fort. In Haifa beschossen sie Juden und verletzten dieselben schwer. Auch die abermalige Zerstörung der Fernsprechleitungen zwischen Lydda und Jaffa weist darauf hin, daß die um ihre Freiheit kämpfenden Araber sich auch durch schärfste Maßnahmen nicht abschrecken lassen.

*

Aus Englands Linkspresse tönte natürlich nach den entschiedenen Maßnahmen der Reichsregierung gegen das Judentum ein Schrei der Entrüstung. Nicht, daß wir uns auch nur darüber gewundert hätten. Doch es erscheint uns im Angesicht der Vorgänge in Palästina nun endlich an der Zeit, mit dem pharisäischen Komödienspiel ein Ende zu machen. Wir kennen sehr wohl die Mittel, mit der die dünne englische „rote Linie" rund um den Erdball es möglich machte, ihre Weltherrschaft aufzubauen. Es gibt gewisse sehr dunkle und betrübliche Vorgänge. Den englischen Moralhelden heute die indische Revolution und ihre sehr blutige Vor- und Nachgeschichte vorzuhalten, haben wir gewiß nicht nötig, wenn in Palästina täglich arabische Freiheitskämpfer von englischem Militär brutal niedergeschossen werden, ihre Häuser in die Luft gesprengt werden und die Bevölkerung ganzer Städte zum Hausarrest verdammt wird. Es gibt ein sehr treffendes urenglisches und für den praktischen Gebrauch geschaffenes Wort: „Mind your own business", und das heißt zu gut deutsch: Kehr vor deiner eigenen Tür!

„Verhandlungen nur mit dem Großmufti"

Jerusalem, 14. November.

Wie die arabische Zeitung „Palästin" mitteilt, sandten die obersten mohammedanischen Geistlichen an den englischen Kommissar in Jerusalem ein Telegramm mit der Bitte, es an den Kolonialminister weiterzuleiten.

In diesem Telegramm wird festgestellt, daß die Juden im arabischen Palästina nicht das Recht haben, zu Verhandlungen zugelassen zu werden. Vielmehr müßten im Namen Palästinas in kürzester Zeit Verhandlungen von Sr. Eminenz dem Großmufti, dem einzigen Führer Palästinas, und seinen Kollegen, den Mitgliedern des arabischen Hohen Komitees, geführt werden, um das Palästinaproblem wirklich dauerhaft zu lösen.

Bekanntlich ist der Sitz des arabischen Hohen Komitees jetzt Damaskus. Fünf Mitglieder sind nach den Seychellen-Inseln verbannt worden.

Gauamtsleiter Franz Stöhr gestorben

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 14. November.

Der 1. nationalsozialistische Vizepräsident des Reichstages und jetzige Oberbürgermeister von Schneidemühl, Gauamtsleiter Franz Stöhr, ist im Alter von 59 Jahren gestorben. Stöhr, der früher dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband angehörte, wurde im Jahre 1924 im Wahlkreis Thüringen als Vertreter der NSDAP in den Reichstag gewählt. Am 15. November 1930 wurde er 1. nationalsozialistischer Vizepräsident des Reichstages.

Frankreichs „letzte Chance"

München hat für Frankreich nicht nur einen völligen Umschwung seiner außenpolitischen Zielsetzungen und Methoden gebracht, sondern auch die Erkenntnis, daß eine innere Erneuerung des Staates notwendig ist. Wenngleich von revolutionären Maßnahmen noch nicht die Rede sein kann und die alten demokratischen Formen nach wie vor beibehalten werden, so bedeuten die neuen Notverordnungen der Regierung Daladier doch einen so tiefgehenden Einschnitt, daß jeder Franzose heute weiß, wohin die Fahrt geht. „Frankreich muß stark sein" — das hat man seit 20 Jahren von jeder Regierung und von jeder Partei gehört, und Daladier sagt nichts Neues, wenn auch er diese Forderung zur Maxime seiner künftigen Regierungstätigkeit erhebt. Neu ist jedoch der nichts beschönigende Realismus, mit dem das Problem der inneren Stabilisierung jetzt angegriffen wird.

Das Erbe des „Experiments Blum", der Volksfrontregierungen der Jahre 1936 und 1937 also, erweist sich erst jetzt in seiner ganzen Schwere. Die ungedeckten Ausgaben des laufenden Jahres betragen nicht weniger als 60 Milliarden Franken, wovon allein 25 Milliarden für Rüstungszwecke gebraucht werden. Dieses Defizit ließ sich mit den bisherigen Methoden nicht mehr beseitigen. Die umfassenden Maßnahmen, die von der Regierung getroffen wurden, schneiden deshalb tief in das wirtschaftliche und soziale Leben ein. Daladier hat bezeichnenderweise die Waffenstillstandsfeiern zum Anlaß genommen, um die neuen Notverordnungen der Oeffentlichkeit zu verkünden, und er wandte sich — ebenso bezeichnend — zuerst an die Frontkämpfer, um vor ihnen den Gesundungsplan der Regierung im einzelnen zu erläutern.

Daß das Ausmaß der Notverordnungen in weiten Kreisen Frankreichs geradezu Bestürzung hervorrufen würde, war vorauszusehen. Zu sehr war der Français moyen an den alten Schlendrian, an das Weiterwursteln mit unzulänglichen Methoden gewöhnt, als daß ihn der neue Wirtschaftsplan nicht außer Fassung bringen mußte. Die Notverordnungen lassen kaum ein Gebiet des wirtschaftlichen und sozialen Lebens unberührt. Die formale Beibehaltung der verhängnisvollen 40-Stunden-Woche ist lediglich eine Fiktion. Tatsächlich wird mit dem „zweiten Sonntag" aufgeräumt und wieder an sechs Tagen der Woche gearbeitet. Eine Wochenarbeitszeit von 50 Stunden kann jeder Betrieb von sich aus festsetzen, ohne dazu irgendwelcher Genehmigung zu bedürfen. Von den Faulenzern abgesehen, wird das Volk dem Ende der Fünf-Tage-Arbeitswoche nicht nachtrauern. So mancher Franzose hat das ganze System der verkürzten Arbeitszeit verflucht, wenn er von Freitag bis Montag oder gar Dienstag (wie es in zahlreichen Gewerben der Fall war) einen dringenden Einkauf nicht erledigen konnte. Die Zustimmung dürfte bei diesem Teil der neuen Verordnungen also wesentlich überwiegen.

Empfindlich hingegen sind die Steuererhöhungen, die sich sowohl auf die direkten als auch auf die indirekten Steuern erstrecken. Neben einer „Kontribution" von 2 v. H. auf alle Einkommen werden auch die übrigen Steuern erhöht. Die breiten Massen trifft vor allem die Heraufsetzung der indirekten Steuern. So werden Tabak, Kaffee, Zucker, Wein und Benzin, Post- und Telephongebühren und in Paris auch die Autobus- und Untergrundbahnfahrten teurer. Außerdem werden überall Einsparungen vorgenommen. Allein die Eisenbahnen entlassen 40 000 Beschäftigte, und zahlreiche Beamten- und Behördenstellen werden eingezogen. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm ist vollkommen aufgegeben worden, da es nach einem Wort von Finanzminister Reynaud wichtiger ist, Maschinengewehre zu bauen als Dorfbrunnen. Einen gewissen Ausgleich für diese Mehrbelastungen bilden lediglich die angekündigte Erhöhung der unteren Beamtengehälter und die Verteilung der Lasten nach bevölkerungspolitischen Grundsätzen. Die immer katastrophaler werdende Geburtenentwicklung macht eine stärkere steuerliche Begünstigung der Kinderreichen zur gebieterischen Notwendigkeit.

Daladier hat den Franzosen den Sinn aller dieser Maßnahmen gedeutet, als er davon sprach, daß die Grundlage der inneren Erneuerung in einer Steigerung der Produktion beruhen müsse. Das eherne Gesetz der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik wird jetzt also auch in Frankreich zur Richtschnur erhoben. Als die Volksfrontregierungen

HEUTE BEILAGE

Deutsche Jugend